

Landrat empfiehlt Widerspruch

Einsatz privater Sicherheitskräfte in Schwalbach umstritten

lat. SCHWALBACH / MAIN-TAUNUS-KREIS. Die geplante Beauftragung eines privaten Sicherheitsdienstes für Streifengänge auf dem Schwalbacher Bahngelände und in der Limesstadt haben gestern Jürgen Moog, der Leiter der Polizeidirektion Main-Taunus, und Landrat Berthold Gall (CDU) scharf kritisiert. Während Moog hervorhob, die Polizeidirektion könne diese Schwalbacher Entscheidung nicht hinnehmen, forderte Gall die Schwalbacher Bürgermeisterin Christiane Augsburgers (SPD) sogar auf, Widerspruch gegen den Mehrheitsbeschluss von CDU und Grünen einzulegen.

Wie berichtet, hatte sich die Rathauseinheit in der vergangenen Woche im Haupt- und Finanzausschuss darauf verständigt, einen Sperrvermerk über 200 000 Euro aufzuheben und dieses Geld zur Beauftragung eines privaten Sicherheitsdienstes zu nutzen. Augsburgers Alternativvorschlag, dass zu den gleichen Kosten vier zusätzliche Hilfspolizisten mit befristeten Verträgen eingestellt werden sollten, lehnte die schwarz-grüne Koalition ab.

Die Polizeidirektion könne diese Entscheidung nicht hinnehmen, hob Moog hervor. Private Sicherheitsdienste seien der falsche Weg. Sie verhinderten ein abgestimmtes Vorgehen von Polizei, städtischen Ordnungskräften und Streetworkern. Ohnehin seien Hilfspolizisten preiswerter und in ihrer Arbeit effizienter als Sicherheitsdienste, die sich alleine zum Objektschutz eigneten. Sie dürften nicht im öffentlichen Raum eingesetzt werden. Das sei Unrecht, so Moog. Er werde in Schwalbach nochmals das Gespräch mit den politisch Handelnden suchen und

Überzeugungsarbeit leisten, hob Moog hervor. Denn die Erfolge ließen sich anhand der Polizeistatistik ablesen. So schnellten laut Moog in Kelkheim und Liederbach mit der Umstellung auf Hilfspolizisten die Aufklärungsraten bei Sachbeschädigung innerhalb von wenigen Jahren in die Höhe, in Liederbach von 39 auf 62 Prozent.

Gall forderte Augsburgers auf, energischer für ihre Sache einzutreten und ein mit der Polizei abgestimmtes Konzept zu verwirklichen. Manchmal, so der Landrat, müsse ein Bürgermeister auch auf den Tisch hauen.

Den Schwarzen Peter lasse sie sich nicht zuschieben, widersprach Augsburgers. Ihr fehle jegliche Handhabe gegen den Mehrheitsbeschluss: Weder verstoße die Stadt mit dem Einsatz von Sicherheitskräften gegen geltendes Recht, noch sei das Wohl Schwalbachs bedroht.

Sie habe im Chor mit den Polizeivertretern die Nachteile eines Sicherheitsdienstes allen Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses in einer sehr ausführlichen Vorlage deutlich gemacht und nochmals mündlich ausgeführt, dass zu den gleichen Kosten vier zusätzliche Ordnungshüter eingestellt werden könnten. Sogar das Aushandeln von befristeten Verträgen habe sie der Koalition angeboten, sei mit ihrem Vorschlag aber auf Granit gestoßen. „Die CDU hat sich bei diesem Thema völlig verrannt.“

Gall will nun im Main-Taunus-Kreis intensiv für das Hilfspolizeikonzept werben. Er lud deshalb für den 8. März alle Bürgermeister zu einer Dienstversammlung ins Landratsamt, an der auch Polizeichef Moog teilnehmen wird.